

„Berliner Tageblatt“

erschient täglich... Preis 1 Mk. 92 Pfg.



Abonnement-Preis

für das „Berliner Tageblatt“... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nummer 600.

Berlin, Dienstag, den 26. November 1901.

XXX. Jahrgang.

Für den Monat Dezember

werden Abonnements zum Preis von 1 Mk. 92 Pfg. bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches entgegengenommen auf das Berliner Tageblatt

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung mit Effekten-Verlosungsliste und seinen 6 werthvollen kostenfrei gelieferten Wochenschriften:

- Zeitgeist, wissenschaftliche und feinstenonische Zeitschrift, Technische Rundschau, Masch. polytechnische Fachzeitschrift, Der Weltspiegel, illustrierte Zeitschrift (wöchentlich 2mal), ULK, farbig illustriertes, satirisch-politisches Witzblatt, Haus Hof Garten, illustrierte Wochenschrift für Garten- u. Hauswirtschaft.

Im Romanfeuilleton erscheint folgender hochinteressante Roman: „Bahn frei“ von Ada von Gersdorff (Baronin von Maltzahn) dessen bis zum 1. Dezember abgedruckter Theil allen neu hinzutretenden Abonnenten gratis gegen Einsendung der Abonnementquittung nachgeliefert wird.

In Berlin abhonirt man zum Preise von 2 Mark pro Monat bei täglich unregelmäßiger Auslieferung in der Expedition... Grunpach-Zustufsch an sämtliche Bureau.

Städtische Budgetsorgen.

Unser städtischer Finanzminister ist augenblicklich nicht gerade am Rosen gebunden. Die letzten Jahre liegen hinter ihm, und andere künftigen sich durch allerhand Anzeichen an, von denen es mit Recht heißt, „sie gefallen mir nicht.“ Die einzelnen Voranschläge kommen mir nämlich aus den vorberühmten Büchlein heraus. Sobald sie aber zur Kenntnis des Stadtmagistrats gelangen, verdrückt sich sein Antlitz, und aus seinen sorgenvollen Mienen liest man deutlich die Frage heraus: „Wohin nehmen?“

Der nächstjährige Etat weist allein eine Erhöhung der Ausgaben von mehr als dreiviertel Million Mark, das Krankenhausbauwesen wahrscheinlich ein Mehr von einer Viertel Million Mark auf. Wo bleiben Armen- und Waisenpflege? Diese zumest unabweislichen Mehrausgaben sehen Mindererinnahmen infolge des wirtschaftlichen Deudess gegenüber, so daß die Spannung in Stadthauskassen als eine ziemlich hochgradige erheben muß. Aber der nächstjährige veranschlagte Stadthaushaushalt, so wird auch der nächstjährige Berlinische Stadthaushaushalt die Nachwirkungen des Niederganges in Handel und Verkehr erfahren; die Etragsquelle der direkten Steuern werden starke Rückgänge zeigen.

Da tritt denn die bange Frage an unseren Stadtmagistrat heran, wie er die zukünftige Stadthauskassen sich mit dem üblichen Ansehen der Ausgaben von mehr als dreiviertel Million Mark zu den nächsten Jahren bringen lassen? Zu den unangünstigen Erwerbsverhältnissen gesellt sich noch die Aussicht auf Steuererhöhungen hinzu, um das Zukunftsbild für den mittleren Bürgerstand nicht gerade als ein linderlich hoffnungsvolles anzustellen. Es ist daher sehr begründlich, wenn der Herr Stadtmagistrat jetzt unter der Sach seiner Finanzverwaltung keine Gewöhnung zum Erheben hat, mit einer ganz besonderen Schärfe die Einzelposten des Stadthaushaushalts prüfen, und wie leicht kann es sich dann dabei ereignen, daß das oberpräsidiale Auge an allerhand Bedenklichkeiten trifft.

Mit dem Hundertprozentzuschlag hat sich die Staatsaufsichtsbehörde einverstanden erklärt. Und das auch der Fall sein, sobald diese Zuschlagsverordnungen überfritten ist, wird man nicht viel mehr seitens der Staatsbehörden die sich jetzt darbietende Gelegenheit, sich ein wenig fester in die inneren Verwaltungsangelegenheiten der wenig betreten Hauptstadt einmischen zu können, mit einer großen Bereitwilligkeit

erzählen? Auf Grund der Städteordnung kann das geschehen. Wohl sollte sich der Herr Oberpräsident dieses Recht nicht verschaffen lassen? Es hindert also, wie man leicht erkennt, nicht bloß rein wirtschaftliche Bedenken, welche sich einer Erhöhung des Hundertprozentzuschlages entgegenstellen, sondern es sprechen auch gewisse administrative Momente dabei mit.

Aber noch ein weiterer Umstand fällt dabei ins Gewicht. Liegt nicht die Gefahr sehr nahe, daß eine beträchtliche Erhöhung des Steuerzuschlages in Berlin ein Aufheben sehr vieler Berliner Steuererlässe in die gütigster gestellten Vororte in erster Linie nach Charlottenburg, zur Folge haben könnte? Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Bevölkerungsveränderungen zum Nachtheile der hauptsächlichsten Finanzen sich vollziehen würden, ist unseres Dafürhaltens eine ziemlich große. Man sieht also bei einigen Nachdenken, wie mißlich eine Zuschlagsverhöhung über die herkömmlich gewordenen hundert Prozent nach vielen Richtungen sein würde.

Was wird demnach zu thun übrig bleiben, sobald wirklich die Spannung im Stadthauskassen eine hohe werden sollte? An übertriebene Sparbarkeit wird man angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Zustände nicht denken können. Im Gegenteil. Man wird, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern, mit der beschleunigten Ausführung längst beschlossener Bauten und sonstiger Anlagen unflüchtig werden müssen. Sollen unsere hauptsächlichsten Budgetposten wirklich schmälert werden, um, dann müßte an die Zukunft appelliert werden, um die Verlegenheiten der Gegenwart zu beseitigen oder zu erleichtern. Das kann ohne irgend welche Gefahren für die finanzielle Gesundheit Berlins durch eine in nahigen Grenzen sich haltende Zulage geschehen. Von zwei Leben soll man das kleinere wählen. Das aber ist, die Eventualität anzunehmen, in diesem Falle die Zulage.

Der Minister des Inneren und die Affäre Kaufmann

Es war nicht eben schwer, den Verlauf der „Affäre Kaufmann“ genau vorherzusagen. Von Anfang an hatten, wie den Lesern noch in der Erinnerung sein dürfte, die Auslegung des 93 der Städteordnung, wie sie in der bekannter Entscheidung des Oberpräsidenten enthalten war, für die einzig zutreffende angenommen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenverammlung glaubte indessen, den Herrn Minister des Inneren zur Herbeiführung einer Entscheidung durch den König zwingen zu können. Sie ist nunmehr eines Besseren belehrt worden.

Der Minister selbst aber zu seiner an den Oberpräsidenten gerichteten Antwort nicht dabei stehen, die Entscheidung des Oberpräsidenten in der fraglichen Angelegenheit für die allein richtige zu erklären, so daß ihm selber weiter nichts mehr zu thun übrig bliebe, sondern er verweist mit einer gewissen ironischen Wendung, wie uns scheint, will, auf den anderen in Betracht kommenden Faktor, nämlich die Stadtverordneten, denen es ja, frei steh, die vorgeschriebene neue Wahl vorzunehmen ist.

Dieser liegt eine nicht zu verkennende Bilanz vor. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, der Herr Minister nehme eine etwaige nochmalige Wahl des Stadtraths Kaufmann als eine Eventualität an, mit welcher man rechnen müßte. Mauden Kreisen käme eine derartige Eventualität allerdings sehr erwünscht; denn in solchem Falle hätte die Regierung die lange gewünschte Gelegenheit zur Hand, auf Grund der bestehenden Gesetze sich in die hauptsächlichste Verwaltung einzumischen. Dieser Gesellen werden hoffentlich die Stadtverordneten wenn reaktionären Klängen nicht erweichen. Vielmehr wird wohl die einzig annehmbare Lösung dieser jetzt so gründlich verarbeiteten Geschichte dadurch herbeigeführt werden, daß der Herr Stadtrath Kaufmann auf eine neue Wahl abgibt und zwar im Interesse der Stadt Verzicht leistet.

Es läßt sich indessen noch eine andere Möglichkeit denken, daß nämlich das jetzige Provisorium noch eine Weile besteht. Die bürgerrechtlichen Funktionen sind gegenwärtig dem Herrn Stadtrath Voigt durch den Oberbürgermeister übertragen, so daß die Erledigung der Geschäfte seinen Aufsichtsbereich dieses Provisoriums als zulässig erachtet wird. Ueber kurz oder lang muß doch eine Bürgermeisterei vorgezogen werden, und es darf nicht zu einer Raube und Waisenspielerei ausarten. Vielleicht bringen sich die aller nächsten Tage eine Verzichtserklärung des Herrn Stadtraths Kaufmann. Er würde in der Abtug seiner Mitbürger nichts verlieren.

* Widerspruch, wie die allgemeine Begründung des Zolltarifentwurfs, ist auch die Spezialbegründung. Unter anderem wird da über die Getreidefrage gesagt: Es ergibt sich zwar die „Notwendigkeit“, über die jetzt geltenden Zollsätze hinauszufragen, um im Interesse der Landwirtschaft in hohem Maße als sicher die Verbrütung nach den beiden Erzeugungsverhältnissen zu ermöglichen. Auf der anderen Seite aber findet die Möglichkeit einer Erhebung des Zollsatzes ihre Begründung durch die Bedürfnisse der Volk-

ernährung und durch das starke Interesse, welches die Allgemeinheit an dem Fortbestande einer ausdauernder Handelsbeziehungen besitzt. Zu beachten ist, daß diese Ziele die Grundlage für die Zollstellung einer ganzen Reihe anderer Gegenstände der Landwirtschaft und insbesondere auch der Molkerei und Käseerei bilden, für die würde eine zu hohe Anhebung des Roggen- und Weizenzolls zu schädlichen Folgen führen, welche nicht mehr in richtigen Verhältnissen sind die Vorschläge für die Bemessung der Zollsätze abgeben. An anderer Stelle heißt es, mit der Notwendigkeit der anständigen Zufuhr müsse „ganz besonders für Jahre inländischer Molkereien gesichert werden. Die Zollsätze wurden deshalb für das Getreide nicht eine Höhe erreicht, bei welcher die Einfuhr wesentlich erleichtert werden würde. Uebrigens würde eine zu hohe Zollbelastung des Getreides unter dem Druck unangünstiger Erzeugungsverhältnisse die Notwendigkeit einer zeitweiligen Erleichterung, unter Umständen einer dauernden Ermäßigung oder völligen Freigabe begründen können.“

Und weiter wird anerkannt, daß die Aufrechterhaltung guter Handelsbeziehungen insbesondere zu unseren Nachbarländern nicht unerheblich bedingt ist durch die Zollsätze für das Getreide und daß bei der Abmessung der Getreidezölle nicht ausschließlich die Rücksicht auf die heimische Erzeugung maßgebend sein kann.

Ja, was ist denn aber dann maßgebend gewesen für die unersparte Erhöhung der Zölle? Die hier angeführten Sätze saunten eher in der Begründung eines Zolltarifentwurfs der Agrarpolitikbringen bringt, als in der des Weltrückwärts leben! Den Widerspruch bestreue, wer kann! Uebrigens bringt die Spezialbegründung nicht minder furore Darlegungen über die Notwendigkeit der Viehzucht-erhöhung, Darlegungen, die man in der allgemeinen Begründung völlig vermisst. Auch hier geht sich der Widerspruch, der sich zwischen den aus der Statistik gewonnenen Voraussetzungen und den Folgerungen des Tarifentwurfs offenbart: Die Begründung stellt fest, daß wenn auch Schaf- und Pferde- und Schweinezucht in Deutschland zurückgegangen sind, doch die Rindvieh- und Schafzucht im Ganzen nicht unangünstig sich entwickelt hat. Nun höre man, wie die Begründung ihre unter diesen Umständen doppelt unverständigen Viehzuchtvorschläge aufschlüsselt:

Die Frage der Viehzucht nach Art und Höhe könnte im Hinblick auf die Verbote und Beschränkungen der Viehzucht einminder wichtig erscheinen. Inwiefern hat der Tarif mit der Möglichkeit des Fortfalls der Verbote und Beschränkungen zu rechnen und muß unabhängig von solchen für die Begründung der Baaren Vorlesung treffen. Unter diesen Umständen müssen den Interessen der heimischen Erzeugung einschließlich Vieh- und Pferdezucht vorgezogen werden, wenn sie auch vielleicht erst später wirtschaftlich voll zu Wirkfamkeit kommen.

Sieht leider nur der Nachweis, daß die Viehzucht des Entwurfs dem Interesse der heimischen Viehzucht angepasst sind!

* Bereits in den letzten Monaten haben die deutschen Einfuhrzölle gegen den den Reichstage am 13. April d. J. zugegangenen Entwurf eines Einfuhrzölle einmündig und energisch protestiert. Dienen meist technisch-wirtschaftlichen Protesten gegen den Gegenstand, welche allerdings eine ausführliche Einlegung an den Reichstag an, die den Reichstage für Vorbereitung von Handelsverträgen das Gefühl vom handelspolitischen Gesichtspunkte aus bekräftigt. Die Centralstelle vertritt die Ansicht, daß der angebotene Kompromiß der Beseitigung der Einfuhrzölle, die Beseitigung eines Theils der Steuern der Flottenvermehrung, also die Stärkung unserer Handelskraft zur See, durch die dem Gelehe unabweisliche Tendenz völlig unklar gemacht wird. Die Eingabe weist auf den Umstand hin, der von gewissen interessierten Seiten mit dem Worte „Surrender“ getrieben wird, und sagt dann:

Ein großer Theil der Erfolge, welche unsere Wirtschaft für die einen, ihre Anwendung in der Technik auf der anderen Seite, insbesondere bei Krieg und Vervollständigung ihrer Produktion, die in der Weltmarkt eine wichtige mit allen Mitteln dahin streben muß, seine Konkurrenzfähigkeit und, wenn um irgend angängig, seine Ueberlegenheit auf dem Weltmarkte zu behaupten. Es wird hierzu nur dann im Staube sein, wenn es sich um die Befähigung und Ueberlegenheit, wenn es immer neue Methoden findet, mittelst deren es dem Weltweber die anderen die Spitze bieten kann. Wollte man aber jähling Erleben dadurch den Boden entziehen, daß man in unfaßlicher Weise die Interessen der Weltmarkt, die den vorliegenden Entwurf aus dieser Perspektive, so wird man zugestehen müssen, daß er in seiner Gesamtaufassung eine Tendenz heranzieht, die eine Bedenken als eine unzulässig hohe bezeichnet werden darf. Diese Bedenken sind, wie schon angedeutet, insbesondere die unterständlichen Einrichtungen derer, welche die Entwicklung unserer Völler und unsere nationale Wohlfahrt in der Richtung angehalten zu sehen wünschen, für deren Innehaltung die Erfüllung einer großen Bedeutung beizubehalten ist. Die Aufgabe des handelspolitischen Entwurfs heranzieht die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen an den